Schweiz: Keine Umverteilung der politischen Macht durch Quoten

Autor(en): **ca**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **22 (1996)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-361936

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wahlkampf '95: Medienpräsenz der Frauen immer noch unterproportional

sw. Die Medienpräsenz der Kandidatinnen im Vorfeld der eigenössischen Wahlen von 1995 hat sich gegenüber den Wahlen von 1991 verbessert. Doch war sie immer noch unterproportional. Ein weiteres Problem liegt in der geschlechterspezifischen Besetzung vieler Themen. Dies sind die Ergebnisse einer Studie der Eidg. Kommission für Frauenfragen. Die Berner Medienwissenschafterin Bettina Nyffeler untersuchte für die Deutschschweiz zwischen dem 11. September und dem 21. Oktober 1995 ausgewählte Printmedien und die Sendegefässe von Schweizer Radio und Fernsehen. Bei 1370 Namensnennungen in fünf Deutschschweizer Zeitungen entfielen – bei einem Kandidatinnenanteil von insgesamt 35 Prozent – 27 Prozent auf Kandidatinnen. Vor allem im Fernsehen ist die Präsenz der Männer massiv. So beanspruchten die Präsidenten der Bundesratsparteien vierzig Prozent der Gesamtredezeit in den Vorwahlsendungen. Quantitativ fast geschlechtergerecht verhielt sich dagegen Radio DRS 1. 36 Prozent der gesamten für Vorwahlsendungen aufgewendeten Zeit nahmen Frauen in Anspruch. In den Vorwahlsendungen von Deutschweizer privaten und öffentlich–rechtlichen regionalen, elektronischen Medien betrug die Redezeit der Kandidatinnen in der Regel zwischen 30 und 40 Prozent, bei Radio 24 verbuchten Frauen über die Hälfte. Dies ergab die zweite Studie von Bettina Nyffeler, die sie für das Syndikat Schweizer Medienschaffender und die JournalistInnen-Union verfasste. Die Forderungen, die sich daraus ergeben, sind die alten: Mehr Raum für die Frauen in den Medien, Förderung von Fachwissen über Gleichstellungsfragen bei den Medienschaffenden, stärkere Berücksichtigung von Frauenanliegen auch zwischen den Wahlen, Verwendung einer geschlechterneutralen Sprache.

Schweiz: Keine Umverteilung der politischen Macht durch Quoten

ca. Zwischen September 1992 und Dezember 1995 wurden auf kantonaler und eidgenössischer Ebene zahlreiche parlamentarische Vorstösse und Initiativen zu Quoten und Zielvorgaben in der Verwaltung, den politischen Gremien und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge umgesetzt. Die meisten dieser Vorstösse stammen von Parlamentarierinnen der linken und grünen Parteien. Im Bulletin der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen zieht Judith Wyttenbach eine erste Bilanz. Zielvorgaben im Verwaltungsbereich und für die Besetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen würden dann realisiert, wenn sie unverbindlich und allgemein formuliert seien, das heisst mit anderen Worten: wenn sie Ausnahmen zulassen und eine schrittweise Erhöhung in klar definierten Bereichen vorsähen. Für politische Gremien hingegen würden Quoten und Zielvorgaben nach wie vor vollumfänglich abgelehnt, obwohl der gesellschaftliche Konsens über den Anspruch der Frauen auf angemessene Vertretung in der Politik gewachsen sei. Die Quotierung politischer Ämter werde in der Regel als unvereinbar mit demokratischen Prinzipien beurteilt und sei dementsprechend chancenlos. Den tatsächlichen Grund für die Ablehnung der Quote im politischen Bereich vermutet die Autorin der Studie jedoch darin, dass Quoten in kürzerer Frist als alle anderen frauenfördernden Massnahmen eine Umverteilung der Macht zur Folge hätten. Das Motto scheint zu lauten: Nehmen sie lieber morgen als heute Platz, Madame!

Quelle: F-Frauenfragen 1/96, hg. von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Bundesamt für Kultur, Eigerplatz 5, 3003 Bern, Tel.: 031/322 92 75/76.

Europäische Union: Frauenquoten wären möglich

bz. Die EU-Kommission will die EU-Richtlinien für Frauenquoten präzisieren. Anlass dazu bietet das Kalanke-Urteil vom Oktober 1995, in welchem der EU-Gerichtshof einem Bremer Stellensuchenden, der sich bei einer Bewerbung durch die Wahl seiner gleichqualifizierten Konkurrentin diskriminiert fühlte, recht gab. Dieser Entscheid legte die Interpretation nahe, dass die EU-Richtlinien die Rechtszulässigkeit von Frauenquoten in Frage stellen. Um dieser Lesart entgegenzuwirken, schlägt die EU-Kommission nun vor, die Richtlinie dahingehend auszuformulieren, dass Quotenregelungen dann als zulässig erklärt werden, wenn sie in einzelnen Fällen flexibel angewendet werden können. Dass eine Stelle automatisch einer Frau zugehalten wird, um eine festgelegte Frauenquote zu erreichen, ist demnach nach wie vor nicht umsetzbar. Frauenquoten werden damit also lediglich für möglich, nicht aber für bindend erklärt.

Quelle: Der Bund, 28.3.96.

3. Kongress der Sahraoui-Frauen: Wir leben noch!

bo. In der brennenden, steinigen Hamada-Wüste im Süden Algeriens liegen die Flüchtlingslager der Sahraoui, dieses verfolgten und von der Weltöffentlichkeit vergessenen Volkes. In den vier grossen Lagern leben rund 170 000 Menschen, vornehmlich Frauen, Kinder und Alte; die Frauen managen praktisch die ganze Organisation des Lageralltags. Ende Februar führte die «Union nationale des femmes sahraouis» (UNFS) den dritten Frauenkongress durch. Der Christliche Friedensdienst cfd, der mehrere Projekte unterstützt und zusammen mit dem SUKS (Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis) die Nahrungsmittelhilfe der